

5.Sitzung.

Niederschrift über die Sitzung des Gemeindetages der Stadt Steyr am Dienstag, den 30.Juli 1935 um 20 Uhr im Gemeinderatssitzungssaale im Rathaus.

Anwesende:

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Josef Walk,
Bürgermeister-Stellvertreter Alois Janak,

Die Gemeinderäte:

Franz Fleischmann, Ing. Grundmüller Oskar, Hack Gustav, Hambrusch Peter, Hübl Josef, Kammerhofer Ignaz, Kokesch Karl, Köttenstorfer Johann, Schwarzmüller Felix, Steinkellner Julius, Trupp Emmerich, Trauner Franz, Weindl Anton, Wünsch Otto, Paulmayr Franz.

Entschuldigt abwesend waren: G.R. Dr. Fritz Doppler, St.R. Albert Hofer, G.R. Dr. Anton Mayr, G.R. Karl Rossner, G.R. Alois Schliessleder, St.R. Josef Voglsam und G.R. Ludwig Wabitsch.

Tagesordnung:

- 1.) Bilanz der städtischen Unternehmungen 1934.
- 2.) Personalreform.
- 3.) Allfälliges.

Zu Punkt 1.) der Tagesordnung berichtet der Bürgermeister über den Geschäftserfolg der städtischen Unternehmungen. Die städt. Unternehmungen schließen mit einem Gesamtgewinn von S 5.686.46 ab, der sich aus der Reklameabteilung mit S 1.709.93, der Bestattungsanstalt mit S 3.650.12 und der Versicherungsgeschäftsstelle mit S 326.41 ergibt. Das Reinvermögen der städtischen Unternehmungen betrug am 31.Dezember 1934 S 30.067.27, uns setzt sich aus Reklame S 8.270.34, Bestattung S 21.470.52, und Versicherung S 326.41, zusammen.

Der Bürgermeister detailliert die einzelnen Posten nach dem Berichte der städtischen Unternehmungen und der Überprüfung des Rechnungsamtes und stellt den Amtsantrag auf Genehmigung des Rechnungsabschlusses 1934.

Einstimmig angenommen.

Zu Punkt 2.) berichtet der Bürgermeister darüber, dass er ein Projekt zur Personalreform ausgearbeitet habe, das den Verwaltungsausschuss als solchen und in erweiterter Form bereits beschäftigt habe. Er berichtet auch über die Stellungnahme der Beamtenschaft und über die mit ihr geführten Verhandlungen. Über Wunsch der Beamtenschaft ändere er seinen Vorschlag hinsichtlich der Krankenfürsorge dahin ab, dass die Gemeinde an Stelle eines Hälfte-Beitrages den fixen Beitrag wie der Bund für die Krankenversicherungsanstalt der Bundesangestellten (derzeit 1% der Gehälter) übernehme. Hinsichtlich der Entlohnung der Fürsorgearbeiter entspinnt sich eine Debatte, die in einem Abänderungsvorschlag endet, dahingehend, dass der Lohn der Fürsorgearbeiter mit 60 bis 80 Groschen pro Stunde je nach Arbeitsleistung fixiert wird. Hinsichtlich der Richtlinien für die freie Beförderung (Abschnitt VI der Personalreform) gibt der Bürgermeister insoferne eine neue Textierung, als an die Stelle der von den Zentralstellen herausgegebenen Richtlinien "Richtlinien des Gemeindetages" zu treten hat. Nach längerer Debatte wurde der Vorschlag des Bürgermeisters einstimmig angenommen.

Der Text der Personalreform ergibt sich aus der einen wesentlichen Bestandteil dieser Verhandlungsschrift bildenden Beilage.

Zu Punkt 3.) der Tagesordnung berichtet der Bürgermeister über den Halbjahresabschluss 1935, der mit einem Abgang von knapp S 105.000.- abschließt. In diesem Gebarungabgang seien allerdings

restlos alle Beträge inbegriffen, die das erste Halbjahr 1935 irgendwie betreffen können. Im Gegensatz zum Rechnungsabschluss 1931 seien Nachträge nicht zu erwarten.

Über Anfragen aus dem Gemeindetage berichtet der Bürgermeister über den beabsichtigten Verkauf städtischer Realitäten und Gründe, über die Angliederung des Fremdenverkehrsamtes an die städtischen Unternehmungen und über seine Verhandlungen über der Spar- und Kreditkasse.

Über eine Anfrage des Stadtrates Paulmayr gibt der Bürgermeister eine Erklärung ab, dahingehend, dass mit den Einsparungen im Personaletat keineswegs die Sanierungsmaßnahmen beendet sein dürfen. Es müssten vielmehr alle Bevölkerungskreise der Stadt ebenso wie Bund und Land herangezogen werden, um für die Stadt Steyr Opfer zu bringen. Das Ziel der Sanierung dürfe nicht darin bestehen, dass die Gebarungsabgänge der letzten Jahre verschwinden. In den letzten Jahren sei keine kommunale Tätigkeit entfaltet worden, ein Zustand, den die Gemeinde auf die Dauer nicht aushalte. Es müssten daher vor allem anderen Mehreingänge und Ersparungen dazu verwendet werden, um die notwendigsten Arbeiten in der Stadt durchzuführen. Der Bürgermeister wiederholte die Erklärung, die er der Beamtenschaft abgegeben hatte, dass er von seinem Amte scheiden werde, wenn die Voraussetzungen, unter denen er die Personalreform durchgeführt habe, irrig seien, wenn nämlich die Beamtenschaft die einzigen wären, die Opfer bringen müssten. Der Gemeindegtag nahm die Erklärung zustimmend zur Kenntnis.

Die Sitzung wird um 22 Uhr 30 geschlossen.

Der Bürgermeister: